Nr. 1 | 13. Februar 2026

AZB / 8853 Lachen / Post CH AG

18. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz

FDP
Die Liberalen

SCHWYZER FREISINN

Wir machen die Schweiz stark!

Delegiertenversammlung in Schwyz
An der Delegiertenversammlung der FDP Schwyz diskutierten die Delegierten bei der Schreinerei Schürpf in Seewen über die Abstimmungsvorlagen vom 8. März 2026 und beschlossen ihre Parolen.
Seite 3

Meinungsbeitrag
Die Präsidentin der FDP Frauen Kanton Schwyz, Anna Marty, erläutert in ihrem Meinungsbeitrag, warum die Individualbesteuerung aus liberaler Sicht zu befürworten ist – gerade auch im Kanton Schwyz.
Seite 4

FDP Schwyz auf Social Media
Social Media wird für die politische Arbeit immer wichtiger. Auch im Kanton Schwyz verlagert sich die politische Debatte vermehrt in den digitalen Raum. Umso wichtiger, dass wir uns beteiligen und gegenseitig unterstützen.
Seite 5

AGENDA

- **8. März 2026**
  Abstimmungssonntag
- **14. April 2026**
  General- und Delegiertenversammlung FDP Kanton Schwyz
- **21. Mai 2026**
  Ortsparteipräsidentenkonferenz Innerschwyz
- **27. Mai 2026**
  Gewerbetag und Delegiertenversammlung KSGV
- **28. Mai 2026**
  Ortsparteipräsidentenkonferenz Ausserschwyz und Mitte
- **11. Juni 2026**
  Generalversammlung Freunde der FDP
- **14. Juni 2026**
  Abstimmungssonntag
- **27. Juni 2026**
  Delegiertenversammlung FDP Schweiz
- **29. Juni 2026**
  Ortsparteipräsidentenkonferenz Innerschwyz
- **21. Mai 2026**
  Delegiertenversammlung FDP Kanton Schwyz

Bitte beachten sie: Allfällige Terminanpassungen werden auf unserer Homepage unter www.fdp-sz.ch/aktuell/agenda aufgeführt. Weitere Veranstaltungshinweise finden Sie auf den Homepages der Ortsparteien. Aktuelles entnehmen Sie der Homepage: www.fdp-sz.ch

Impressum: **Herausgeberin/Redaktion/Inserate:** FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern, T: 031 320 35 35, F: 031 320 35 00, E: info@fdp.ch, www.fdp.ch.
Kantonalteil: Nico Lalli, FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz, Lilienweg 1, 8853 Lachen, E: info@fdp-sz.ch, www.fdp-sz.ch.
Layout & Druck: Multicolor Print, www.multicolorprint.ch

Editorial

Liebe Freisinnige
Blicken wir auf die Weltpolitik der letzten Wochen, zeigt sich: Das liberale Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell ist massiv unter Druck. Der Präsident der Vereinigten Staaten zum Beispiel handelt mit seinem imperialistischen Gehabe, seiner Zollpolitik und mit seinen Drohgebärden entgegen allen Prinzipien, für welche wir Freisinnige einstehen: Anstand und Verlässlichkeit, Freihandel, eine regelbasierte Weltordnung und Rechtsstaatlichkeit. Unser Land lebt von Respekt, institutioneller Stärke und einer politischen Kultur des Ausgleichs – nicht von Krawall, Personenkult und Dauerempörung. Aber auch in unserem Land gibt es Handlungsbedarf.

Mit der FDP die Schweiz schützen

Deshalb hat die FDP an der Delegiertenversammlung in Genf ein Positionspapier mit elf konkreten Forderungen verabschiedet. In der Schweiz nehmen Gewaltverbrechen und Drogenkriminalität mit all ihren schlimmen Begleiterscheinungen zu. Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung schwindet. Der Staat vernachlässigt seine Kernaufgabe, den Schutz der Menschen zu gewährleisten. Ein Grund liegt in einem Justizsystem, das Täterrechte zu stark gewichtet, statt den Opferschutz ins Zentrum zu stellen. Die illegale Migration trägt wesentlich zur Kriminalität bei. Während die Linke diese Problematik tabuisiert, gefährdet die SVP mit ihrer Chaosinitiative die internationale Polizeiarbeit. Durch den unausweichlichen Wegfall von Schengen/Dublin würden die Sicherheitsbehörden faktisch blind. Für die FDP hat Sicherheit oberste Priorität, auch wenn dies finanzielle Mittel und neue politische Prioritäten erfordert. Denn ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit. Die Forderungen im Positionspapier reichen von strengeren Strafen bei Gewalt- und Sexualdelikten über längere vorläufige Festnahmen bis zur landesweiten Einführung des dynamischen Electronic Monitoring.

Mit der FDP am 8. März Geschichte schreiben

Der Wechsel zur Individualbesteuerung ist überfällig. Heute zahlen viele Ehepaare mehr Steuern als Unverheiratete mit gleichem Einkommen – das ist unfair. Mit der Individualbesteuerung wird jede Person unabhängig vom Zivilstand besteuert: transparent, zeitgemäss und gerecht. Etwa 50 % der Bevölkerung zahlen künftig weniger Steuern, für 36 % ändert sich nichts. Nur 14 % zahlen leicht mehr. Insgesamt werden die Haushalte um rund 600 Millionen Franken entlastet, besonders der Mittelstand profitiert. Tiefere Steuern auf dem Lohn – das ist beispiellos! Übrigens greift der Vorwurf wachsender Bürokratie definitiv zu kurz: Zwar gibt es einen einmaligen Umstellungsaufwand, doch Digitalisierung und das einfachere Steuersystem gleichen den Mehraufwand schnell aus. Neu gilt: eine Person, eine Steuererklärung, ein Leben lang – unabhängig von Heirat, Trennung oder Scheidung.

Mit der FDP vernünftige Klimapolitik betreiben

Die Klimafonds-Initiative bringt hohe Kosten und Bürokratie, ohne dass der Klimaschutz wirksamer wird. Unternehmer und Konsumentinnen würden zusätzliche Abgaben tragen, was Preise erhöht und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft schwächt. Kantone, Gemeinden und Firmen müssten neue Melde- und Kontrollpflichten erfüllen, während die Mittelverwendung intransparent bleibt. Ein starrer Fonds ist weniger flexibel als bestehende Programme und führt nicht automatisch zu mehr Emissionsreduktionen. Effektiver sind gezielte Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Innovationen. Die Initiative belastet Wirtschaft und Bevölkerung stark, ohne die Klimaziele sicherer zu erreichen. Deshalb NEIN zur Klimafonds-Initiative!

Susanne Vincenz-Stauffacher
Co-Parteipräsidentin und Nationalrätin

Benjamin Mühlemann
Co-Parteipräsident und Ständerat

Delegiertenversammlung

vom 15. Januar 2026 in Seewen

Die Delegiertenversammlung der FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz fand am 15. Januar 2026 bei der Schreinerei Schürpf GmbH in Seewen statt. In Beisein der nationalen Co-Präsidentin Susanne Vincenz-Stauffacher setzten sich die Delegierten mit den eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 8. März 2026 auseinander und fassten ihre Parolen zu den anstehenden Abstimmungsvorlagen.

Kantonalpräsident Urs Rhyner eröffnete die Versammlung mit einer grundsätzlichen Einordnung der politischen Lage. Er analysierte in seinem Votum die aktuelle Weltlage und stellte treffend fest, dass es die FDP.Die Liberalen mehr denn je braucht. Die für viele Menschen selbstverständlich gewordenen freiheitlichen Errungenschaften, die wirtschaftliche Stabilität und Prosperität und schliesslich der gesellschaftliche Zusammenhalt stehen vermehrt wieder unter Druck und sind alles andere als selbstverständlich. Gerade in diesen turbulenten Zeiten und aufgrund des Hangs zu politischer Polarisierung braucht es eine Partei, die Verantwortung übernimmt, liberale Grundwerte verteidigt und sich für finanziell und politisch nachhaltige Lösungen einsetzt – eine politische Tugend, für die man sich in Zeiten immer stärker werdender Rufe nach Subventionen und staatlichen Unterstützungsmassnahmen und Regulierungen erst recht einsetzen muss.

Fabian Ab Yberg, Vizepräsident der Ortspartei Schwyz, informierte die Anwesenden in seinem lockeren Grusswort über die Gemeinde Schwyz und beeindruckte damit auch Susanne Vincenz-Stauffacher, Nationalrätin und Co-Präsidentin der FDP Schweiz. Sie nutzte die Gelegenheit zu einem Geständnis: Es sei nämlich die anwesende Ständerätin Petra Gössi gewesen, die durch ihre Tätigkeit als Parteipräsidentin den Ausschlag gegeben habe, dass sie, Susanne Vincenz-Stauffacher, damals noch Kantonsrätin im Kanton St. Gallen, beschlossen habe, dass sie künftig auch in Bern politisieren möchte. Sie sprach anschliessend nicht nur über ihre Erfahrungen der ersten Monate im Amt, sondern ordnete in ihrer Ansprache die anstehenden Reformprojekte aus nationaler Perspektive ein und betonte deren Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz sowie für einen leistungsfähigen und fairen Staat.

Individualbesteuerung als liberale Kernreform

Ein zentrales inhaltliches Gewicht erhielt anschliessend die Beratung zur Individualbesteuerung. Susanne Vincenz-Stauffacher zeigte überzeugend auf, warum die Individualbesteuerung trotz Initialaufwand der richtige Schritt ist und – wenn heute ein Steuersystem geschaffen werden müsste – aus liberaler Sicht nur die Individualbesteuerung das richtige System sein kann. Die heutige Benachteiligung von Ehepaaren mit zwei Einkommen setzt falsche Anreize und verschärft den Fachkräftemangel. Die Delegierten würdigten insbesondere, dass die Individualbesteuerung langfristig Fairness, Transparenz und Eigenverantwortung stärkt und gleichzeitig zu einer Steuerentlastung führt. Der Aufwand für die Systemumstellung ist vorübergehend und wird mittelfristig durch die Vereinfachung sogar kleiner. Entsprechend wurde das Bundesgesetz mit 42 Ja- zu 9 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen klar befürwortet.

Parolen zu drei Volksinitiativen

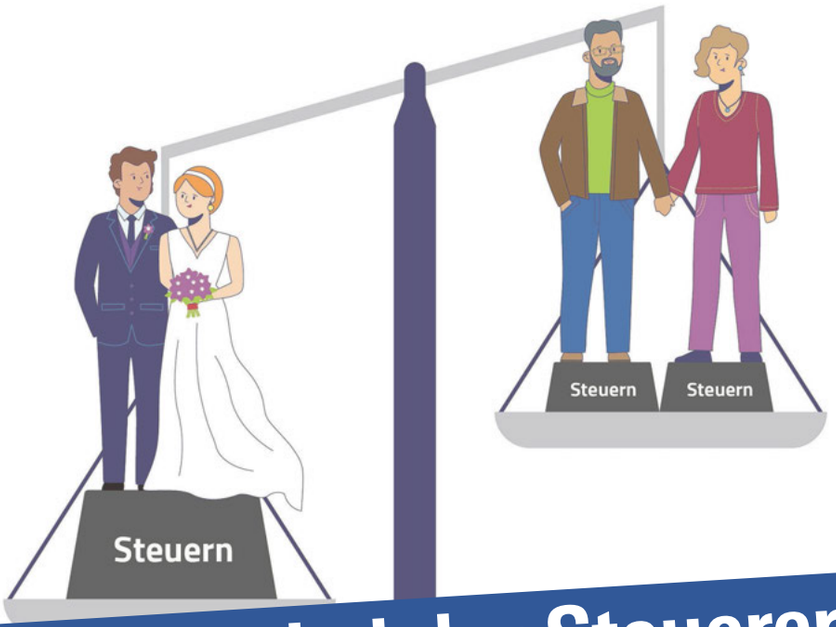
Nach der Präsentation der Volksinitiative «Bargeld ist Freiheit» durch Kantonsrat Josef Schuler und einer kurzen Diskussion lehnten die Delegierten die Vorlage mit 57 Nein- zu 1 Ja-Stimme klar ab. Der von Bundesrat und Parlament erarbeitete Gegenvorschlag nimmt die Anliegen der Initiative auf, schlägt jedoch eine alternative Umsetzung vor, nämlich bereits heute geltende Gesetzesbestimmungen unverändert auf Verfassungsstufe zu heben. Er bietet damit präzisere Formulierungen als der Initiativtext. Konsequenterweise unterstützten die anwesenden Delegierten den direkten Gegenvorschlag, der die Bargeldversorgung sicherstellt, ohne den politischen Handlungsspielraum unnötig einzuengen.

Die SRG-Initiative «200 Franken sind genug!» fand hingegen Zuspruch; mit 44 Ja, 13 Nein bei 1 Enthaltung sprach sich eine Mehrheit für eine Senkung der Haushaltsabgabe aus. Die Delegierten werteten insbesondere die in der Diskussion stark betonte und mit der Initiative verbundene Abschaffung der Abgabe für Unternehmen höher als die drohenden Einschränkungen im bestehenden Grundangebot und in der Regionalberichterstattung der SRG, welche die nationalen Delegierten zu einem Ja bewegte.

Einstimmig abgelehnt wurde schliesslich die Klimafondsinitiative. Für die FDP Kanton Schwyz sind die bestehenden Gesetze und marktwirtschaftliche Instrumente mehr als genug, um die Klimaziele zu erreichen. Der mit der Initiative vorgeschlagene milliardenschwere Fonds würde nur viel Bürokratie, neue Verteilkämpfe und Subventionen schaffen und keinen Mehrwert für das Klima bewirken.

Gelebte Innovation dank liberaler Politik

Die abschliessende Betriebspräsentation von Reto Schürpf, Geschäftsführer der Schreinerei Schürpf GmbH, schlug die Brücke zwischen liberaler Politik und unternehmerischer Realität. Der Einblick in ein innovatives Schwyzer KMU zeigte exemplarisch, wie wichtig liberale Rahmenbedingungen für Investitionen in Nachhaltigkeit und Digitalisierung sind und so Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg und Verantwortung bilden.



Freiheit beginnt bei der Steuererklärung

Meinungsbeitrag Anna Marty, Präsidentin FDP Frauen Kanton Schwyz

Wer heiratet, sollte sich über Liebe, gemeinsame Zukunft und vielleicht über den richtigen Hochzeitswein Gedanken machen, aber sicher nicht darüber, ob sich der Gang zum Traualtar steuerlich lohnt oder eben gerade nicht. Genau hier setzt die Individualbesteuerung an.

Kurz erklärt: Bei der Individualbesteuerung wird jede erwachsene Person unabhängig vom Zivilstand separat besteuert. Heute werden Ehepaare gemeinsam veranlagt, mit dem bekannten Effekt der sogenannten Heiratsstrafe. Zwei Einkommen werden zusammengezählt, rutschen in eine höhere Progressionsstufe, und am Ende zahlt man mehr Steuern als ein unverheiratetes Paar mit identischem Einkommen. Romantisch ist das nicht. Liberal erst recht nicht.

Die Individualbesteuerung will dieses Problem lösen. Sie behandelt alle gleich, verheiratet, unverheiratet, mit oder ohne Kinder. Besteuert wird das Individuum, nicht der Trauschein. Ein Prinzip, das in vielen Ländern längst Standard ist und das gut zur freiheitlichen DNA der FDP passt.

Doch gerade im föderalistischen Gefüge der Schweiz und ganz besonders im Kanton Schwyz ist klar: Solche Reformen werfen Fragen auf. Entsprechend wurde gegen die Einführung der Individualbesteuerung auf kantonaler Ebene das Kantonsreferendum ergriffen. Das ist gelebte Demokratie: Man ist nicht einfach dagegen, sondern will genau hinschauen, diskutieren, abwägen.

Gerade im Kanton Schwyz lohnt sich ein genauer Blick. Unser Kanton steht für tiefe Steuern, hohe Erwerbsbeteiligung und einen starken Mittelstand. Viele Haushalte sind Doppelverdienerhaushalte, oft aus Überzeugung, manchmal aus Notwendigkeit. Die heutige gemeinsame Besteuerung setzt hier falsche Anreize und bremst zusätzliche Erwerbsarbeit, insbesondere bei Zweitverdienenden. Wer mehr arbeitet, wird überproportional stärker belastet. Das passt weder zu einer leistungsorientierten Gesellschaft noch zu einem Kanton, der Arbeit nicht bestrafen, sondern ermöglichen will. Gleichzeitig ist Schwyz zu Recht sensibel, wenn es um Systemwechsel geht. Finanzielle Auswirkungen, Übergangsmodelle und die Behandlung von Familien müssen sauber durchdacht sein. Genau deshalb ist die Debatte im Kanton wichtig, nicht emotional, sondern faktenbasiert und mit liberalem Kompass.

Auch an der FDP-Schwyz-Versammlung wurde intensiv diskutiert. Die Meinungen waren differenziert, die Wortmeldungen engagiert, aber am Ende überwog die liberale Grundhaltung. Die Versammlung sprach sich für die Individualbesteuerung aus.

Was spricht aus liberaler Sicht dafür? Vieles. Erstens: Eigenverantwortung. Wer arbeitet, soll unabhängig vom Beziehungsstatus besteuert werden. Zweitens: Gleichstellung. Die heutige gemeinsame Besteuerung setzt oft falsche Anreize, insbesondere für Zweitverdienende, meist Frauen. Drittens: Transparenz. Zwei Steuererklärungen statt einer komplizierten gemeinsamen, das versteht man sogar ohne Steuerberater (oder zumindest mit weniger Kopfschmerzen).

Natürlich gibt es auch kritische Punkte. Die Umstellung ist administrativ anspruchsvoll, vor allem für Kantone. Übergangsmodelle müssen sauber ausgestaltet werden, damit Familien mit Kindern nicht plötzlich schlechter dastehen. Und ja, auch der Kanton Schwyz muss genau hinschauen, wie sich eine solche Reform auf die Steuereinnahmen auswirkt.

Aber Stillstand ist keine Option. Ein Steuersystem, das den Zivilstand belohnt oder bestraft, passt nicht mehr in unsere Zeit. Die Individualbesteuerung ist kein Allheilmittel, aber ein wichtiger Schritt hin zu mehr Fairness, Freiheit und wirtschaftlicher Vernunft.

Oder anders gesagt: Der Staat darf wissen, was ich leiste, aber nicht, mit wem ich frühstücke.

Anna Marty,
Präsidentin FDP Frauen Kanton Schwyz

FDP Schwyz auf Social Media – Reichweite entscheidet

Politik findet längst nicht mehr nur in Parlamentsdebatten, Parteiversammlungen oder Leserbriefspalten statt. Ein wesentlicher Teil der politischen Meinungsbildung verlagert sich zunehmend in den digitalen Raum. Für eine kantonale Partei wie die FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz sind Social Media und professionelle Onlineauftritte deshalb kein Zusatz mehr, sondern immer mehr ein zentrales Instrument der politischen Arbeit.

Über Onlineplattformen erreicht die FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz Menschen dort, wo sie sich täglich informieren, austauschen und Meinungen bilden. Social Media ermöglichen es, politische Positionen sichtbar zu machen, komplexe Inhalte verständlich aufzubereiten und liberale Werte kontinuierlich zu vermitteln – gerade auch im Wahlkampf. Die FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz ist deshalb bewusst auf mehreren Kanälen präsent. Auf Instagram werden politische Inhalte visuell, kompakt und aktuell vermittelt – ideal, um jüngere Zielgruppen anzusprechen und Einblicke in den politischen Alltag zu geben. Facebook dient weiterhin als wichtige Plattform für Informationen, Veranstaltungsankündigungen und den Austausch mit einer breiten Öffentlichkeit. LinkedIn schliesslich ermöglicht es, politische Positionen in einen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Kontext zu stellen und insbesondere Fachpersonen, Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Entscheidungsträger zu erreichen. Gemeinsam tragen diese Kanäle dazu bei, liberale Politik sichtbar, nachvollziehbar und zugänglich zu machen.

Wahlkampf ist Teamarbeit – auch online

Ein erfolgreicher Wahlkampf kann heute nicht allein von der Kantonalpartei geführt werden. Entscheidend ist das Zusammenspiel aller Ebenen. Neben den offiziellen Parteikanälen sind auch zahlreiche Amtsträgerinnen und Amtsträger der FDP bereits aktiv im digitalen Raum. So nutzen unter anderem Regierungsrat Damian Meier, Ständerätin Petra Gössi oder Nationalrat Heinz Theiler Social Media, um ihre politische Arbeit sichtbar zu machen, Positionen zu erklären und auch online den Dialog zur Bevölkerung herzustellen. Auch viele Kantonsrätinnen und Kantonsräte sowie Ortsparteien leisten mit eigenen Kanälen einen wichtigen Beitrag zur digitalen Präsenz der FDP. Diese Vielzahl an Stimmen ist eine grosse Chance. Inhalte wirken besonders glaubwürdig, wenn sie nicht nur von offiziellen Parteiprofilen stammen, sondern von Personen, die politische Verantwortung tragen oder sich vor Ort engagieren. Gleichzeitig vervielfacht sich die Reichweite, wenn Inhalte über persönliche Netzwerke weiterverbreitet werden.

Mitmachen, abonnieren, weiterverbreiten

Damit die Social-Media-Arbeit ihre volle Wirkung entfalten kann, ist die Unterstützung der Mitglieder und Ortsparteien entscheidend. Jede Abonnierung,

jeder Like, jeder Kommentar und jedes Teilen trägt dazu bei, liberale Positionen sichtbarer zu machen und die Reichweite der FDP Kanton Schwyz zu vergrössern. Social Media leben vom Mitmachen und von glaubwürdigen Multiplikatoren.
Wir laden deshalb alle Mitglieder und Ortsparteien ein, die Kanäle der FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz sowie ihrer Mandatsträger auf Instagram, Facebook und LinkedIn zu abonnieren, Inhalte aktiv zu teilen und sich an Diskussionen zu beteiligen. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass liberale Politik auch im digitalen Raum präsent ist – und die FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz auch online für die nächsten Wahlkämpfe bestens gerüstet ist.

Instagram: fdpschwyz
LinkedIn: FDP Kanton Schwyz
Facebook: FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz

Schluss mit Gewalt und Chaos

Jetzt Petition unterzeichnen

In den vergangenen Monaten haben gewaltbereite Chaoten wiederholt Strassen verwüstet, unbewilligte Demonstrationen organisiert und friedliche Kundgebungen unterwandert. Zumeist vermummt, griffen sie Einsatzkräfte an und verursachten hohe Sachschäden – zulasten der Steuerzahlenden. Mit der Petition «Schluss mit Gewalt & Chaos» fordern wir, dass die Politik endlich handelt. Krawallmacher sollen für 48 Stunden festgenommen werden dürfen. Denn: Unsere Städte gehören den Bürgerinnen und Bürgern und nicht extremistischen Gruppierungen.

Mit der bereits von Tausenden von Bürgerinnen und Bürgern unterstützten Petition fordern wir, dass das Parlament drei Massnahmen sofort umsetzt:

1. **Wer randaliert, sitzt.**
   Gewalt muss spürbare Folgen haben. Wir fordern, dass die maximale Dauer der vorläufigen Festnahme von 24 auf 48 Stunden verdoppelt wird. So erhalten die Behörden mehr Zeit für die Beweissicherung. Zudem sollen Randalierende, die am Wochenende aktiv waren, am Montag erklären müssen, warum sie nicht zur Arbeit erscheinen – und nicht länger unbehelligt bleiben.

2. **Konsequente Überwachung gewaltbereiter Extremisten.**
   Es ist nicht akzeptabel, dass den Behörden bereits bekannte Gewalttäter ungestört mobilisieren können, bis es zu Ausschreitungen kommt. Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden müssen frühzeitig handeln, statt im Nachgang die Schäden zu zählen.

3. **Nulltoleranz bei Angriffen auf Polizistinnen und Polizisten.**
   Wer Einsatzkräfte bedroht oder angreift, greift den Rechtsstaat und die Sicherheit aller an. Solche Taten müssen verfolgt werden – konsequent, automatisch und mit der vollen Härte des Gesetzes.

Ein Staat, der wegschaut, verspielt seine Autorität und gefährdet die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung. Unterschreiben Sie jetzt die Petition und teilen Sie diese mit Ihrem Netzwerk!

Schweiz schützen!

12 Forderungen der FDP zur inneren Sicherheit

In Genf überraschen vier maskierte Männer einen Mann in seinem Bett. In Chur, Bern, Lausanne oder Zürich wachsen Drogenszenen. Vergewaltigungen, Ehrenmorde und andere Gewaltdelikte erreichen Höchststände. Die Bedrohungen im Land nehmen zu – spürbar, sichtbar, jeden Tag. Unser Staat hat sich verzettelt. Er vernachlässigt seine Kernaufgabe: die Sicherheit der Bevölkerung.

Was sind die Gründe dafür? Einer ist offensichtlich: Unser Justizsystem fokussiert heute zu sehr auf die Täter, ihre Rechte und ihre Perspektiven. Neben Resozialisierung muss der Schutz der Bevölkerung wieder ins Zentrum rücken.

Ein zweiter Grund: Die illegale Migration trägt wesentlich zur Kriminalität und Gewalt bei. Während die Linke dies tabuisiert und die Polizei entwaffnen möchte, will die SVP unsere Polizei blind machen und abgewiesene Asylsuchende aus ganz Europa anlocken. Genau das wäre die Folge der SVP-Chaos-Initiative («Nachhaltigkeits-Initiative»). Bei einer Annahme würden die Verträge von Schengen und Dublin gekündigt und unser Land würde den Zugang zu europäischen Fahndungssystemen verlieren. Für die FDP ist klar: Die Menschen dürfen vom Staat erwarten, dass er sie vor Gewalt schützt.

- Ja, das kostet Geld. Ja, das können wir uns leisten. Nein, dafür braucht es keine neuen Steuern, sondern eine Neuordnung der politischen Prioritäten.
- Ja, Täter sind auch Menschen. Ja, die Resozialisierung ist ein wichtiges Ziel. Nein, das darf nicht dazu führen, dass der Schutz der Bevölkerung vernachlässigt wird.
- Ja, Kriminalität kommt heute zu einem wesentlichen Teil aus dem Ausland. Schlepper, Banden und Mafia sind international vernetzt. Nein, diese Fakten verschwinden nicht, wenn man die Augen vor ihnen verschliesst. Und ebenso wenig, wenn man unsere Polizei isoliert und die Schweiz zum Asylmekka von ganz Europa macht.

Die Schweiz war das Land, in dem man die Haustür offen liess. Dieses Sicherheitsgefühl ist heute für grosse Teile der Bevölkerung zerbrochen. Bauen wir es wieder auf!

1 Wer schlägt, sitzt

Gewaltstraftaten und Sexualdelikte nehmen zu. Laut Kriminalstatistik sind Delikte wie schwere Körperverletzungen und Vergewaltigungen im Jahr 2024 um fast 20 Prozent angestiegen. Dabei sorgen nicht nur die Taten, sondern auch die Urteile für Aufsehen. Wenn Täter mit einer bedingten Strafe davonkommen, so wird das Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen verletzt. Das Problem sind nicht nur die Gesetze, sondern auch Richter, die ihren Spielraum nicht nutzen und zu leichtfertig bedingte Strafen verhängen. Laut Angaben des Bundesamts für Justiz wird heute jede vierte Vergewaltigung lediglich mit einer bedingten Strafe bestraft, jede dritte mit einer teilbedingten.

Das muss sich ändern. Die FDP verlangt, dass Täter ihre Strafe bei Gewaltdelikten antreten müssen: Wer schlägt, sitzt. Dasselbe gilt für Sexualdelikte. Dabei soll das Gericht auch künftig die Tat und ihre Umstände würdigen. Wir fordern jedoch eine Prognoseumkehr: Die Verhängung einer bedingten Strafe muss in Zukunft vom Richter begründet und explizit gerechtfertigt werden, statt wie bisher die Regel bei Ersttätern zu sein. Grundsätzlich ist diese Gesetzesverschärfung nicht nur für Gewalt- und Sexualdelikte, sondern für alle Delikte sinnvoll.

Je öfter Strafen unbedingt verhängt werden, desto weniger Platz bleibt für bedingte Geldstrafen. Diese schrecken nicht ab und verhindern keinen Rückfall. Vielmehr werden diese Sanktionen häufig wie ein Freispruch empfunden. So muss eine Parkbusse bezahlt werden, eine bedingte Geldstrafe aber meist nicht. Dies ist ein Hohn für jeden Gerechtigkeitssinn – nicht zuletzt für den der Opfer. Sanktionen müssen für Täter spürbar, für Opfer nachvollziehbar und für die Gesellschaft glaubwürdig sein.

2 Polizei stärken

Die Polizei wird in der Schweiz immer häufiger an den Pranger gestellt. Linke Stadtregierungen und Aktivisten stellen legitime Einsatzmethoden infrage, fordern die Entwaffnung von Polizisten oder beschränken deren taktische Mittel bis zur Handlungsunfähigkeit. Parallel dazu werden Krawalle bei Demonstrationen – zuletzt sichtbar bei Ausschreitungen in Bern – viel zu oft geduldet. Die Folge? Unsere Polizei kann ihrer zentralen Aufgabe, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, heute nur noch eingeschränkt nachkommen.

Die FDP fordert: Um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger wieder zu gewährleisten, muss die Politik damit aufhören, die Polizei zu schikanieren[1]. Der Polizeiberuf muss wieder attraktiv werden. Vor allem aber benötigen Polizei und Staatsanwaltschaft deutlich mehr Personal, um die wachsende Kriminalität konsequent und zeitnah verfolgen zu können[2]. Die FDP fordert, dass dieser dringend nötige Aufwuchs auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene primär verwaltungsintern kompensiert wird.

Hinzu kommt, dass die Polizeikorps zu wenig zusammenarbeiten. So ist eine Kantonspolizei heute gezwungen, bei allen anderen Kantonen einzeln anzufragen, da eine gemeinsame Abfrageplattform fehlt. Die Schweiz benötigt endlich eine interkantonale Polizeidatenbank, damit Informationen schnell und vollständig verfügbar sind[3].

Generell benötigen die Polizei und die Ermittlungsbehörden zusätzliche taktische Möglichkeiten. So werden heute bei gewalttätigen Ausschreitungen im Rahmen von unbewilligten Demonstrationen jene Personen, die sich daran beteiligt haben, nach kurzer Zeit wieder auf freien Fuss gesetzt. Sie erhalten dadurch die Möglichkeit, ihre Taten zu vertuschen oder sich abzusprechen. Die FDP fordert, die maximale Dauer der vorläufigen Festnahme bei allen Delikten auf 48 Stunden zu verdoppeln[4] – unter Einhaltung der Verfahrensgarantien. So erhalten die Behörden mehr Zeit für die Beweissicherung. Weiter müssen Polizisten auf Bodycams zurückgreifen können. Die Aufnahmen schrecken Gewalttäter ab und schützen die Beamten vor tätlichen Übergriffen und falschen Anschuldigungen. Zudem sollen künftig von Amtes wegen alle aggressiven Handlungen (z. B. Drohungen, Gewalt, Tätlichkeiten) gegen ein Mitglied einer Behörde oder einen Beamten oder eine Beamtin im Zusammenhang mit der Ausübung seiner oder ihrer amtlichen Pflichten verfolgt werden[5].

3 Neuen Platzspitz verhindern

Das Drogenelend, das Zürich am Platzspitz vor 30 Jahren überwunden hat, ist in mehreren Schweizer Städten zurückgekehrt. Während damals Heroin zu menschlichem Leid führte und ganze Quartiere in Unsicherheit stürzte, breiten sich heute Crack und Fentanyl rasant aus. Der Konsum hat sich in gewissen Landesteilen seit 2020 verdreifacht. In Genf hat er sich innerhalb eines Jahres verdoppelt. Im Stadtzentrum von Lausanne sind offene Szenen entstanden.

Die Bevölkerung der betroffenen Städte erleidet mehr Diebstähle, mehr Einbrüche, mehr Aggression. Im Unterschied zu Heroin sind bei Crack die Konsumzyklen viel kürzer. Süchtige jagen einem Rausch nach, der nur wenige Minuten dauert und oft von schweren psychotischen Zuständen abgelöst wird. Die Folge sind mehr Beschaffungsvorgänge, mehr Kriminalität und mehr Gewalt gegenüber Unbeteiligten.

Was tun? Die Schweiz hat in den 90er Jahren bewiesen, dass sie eine offene Drogenszene in den Griff bekommen kann. Nun muss ihr das erneut gelingen. In der Pflicht stehen insbesondere die linken Regierungen der betroffenen Städte, die Dealer heute vielerorts tolerieren. Am Bahnhof von Vevey kann heute jeder Jugendliche Crack kaufen, ohne dass die Polizei intervenieren darf. Dabei gilt es, das Viersäulenmodell aus Prävention, Behandlung, Schadensminderung und Repression zu aktualisieren. Bei harten, gesellschaftlich hochproblematischen Drogen wie Fentanyl oder Crack muss der Aspekt der Repression stärker gewichtet werden, insbesondere hinsichtlich Beschaffungskriminalität und Handel. Die FDP fordert daher Nulltoleranz für den Handel mit harten Drogen. Zudem fordert die FDP gezielte gesetzliche Grundlagen für den Umgang mit suchtkranken Intensivtätern, bei denen die heutigen Haftvoraussetzungen systematisch nicht greifen. Dabei soll es möglich sein, einen kurzfristigen, richterlich überprüften Freiheitsentzug anzuordnen, um eine verbindliche Abklärung und die Einleitung einer geeigneten Suchtbehandlung sicherzustellen.

4 Transparenz schaffen!

Was linke Parteien gerne verschweigen, stellt jeder Strafverfolger täglich fest: Unter Gewalt- und Sexualstraftätern sind Ausländer aus bestimmten Herkunftsländern stark überrepräsentiert[6]. Obwohl diese Korrelation in Statistiken zu Tatverdächtigen, Verurteilten und Strafgefangenen klar belegt ist, sind die relevanten Daten nicht oder nur mühsam zugänglich, sie werden unvollständig erhoben oder verschleiert. Dies erschwert eine ehrliche politische Debatte und hilft nur den Ideologen an den politischen Rändern. In einer funktionierenden Demokratie sind Fakten und belastbare Zahlen unverzichtbar, um Gefahren zu erkennen und fundierte Entscheidungen treffen zu können.

Die FDP fordert daher, dass das Bundesamt für Statistik (BfS) die nachfolgend beschriebene Analyse vornimmt und der Bevölkerung zur Verfügung stellt – Zahlen, die heute mühselig zusammengesucht oder geschätzt werden müssen. Benötigt wird die Kriminalitätsquote von Ausländern und Schweizern in Relation zu ihrem Bevölkerungsanteil im Land. Anschliessend soll das BfS die Überrepräsentation einzelner Nationen berechnen und diese für verschiedene Delikte wie Raub, Körperverletzung oder Sexualstraftaten ausweisen.

Zur besseren Ursachenforschung müssen diese kriminalitätsbezogenen Daten um soziale Kennzahlen wie Alter, Sozialhilfequote und gegebenenfalls Religion ergänzt werden. Zudem fordern wir eine landesweite Statistik zu Gefängnisinsassen und der Überrepräsentation einzelner Nationen im Strafvollzug.

[1] Petition FDP-Liberale Fraktion: Blinde Fahndung? Nicht mit uns!

[2] Mo. SiK-N 25.3941 Strategische Aufstockung des Personalbestands des Fedpol: Nur so kann die nationale Sicherheit gewährleistet werden

[3] Mo. SiK-N 23.4311 Schaffung einer Verfassungsgrundlage für eine Bundesregelung des nationalen polizeilichen Datenaustausches

[4] Mo. Wasserfallen 25.4581 Stopp dem Gewaltextremismus: Die vorläufige Festnahme ist auf 48 Stunden zu verlängern

[5] Pa. Iv. Cottier 25.492 Drohungen oder Gewalt gegen Beamte: Verfolgung von Amts wegen

[6] Urbaniok Frank (2025). Schattenseiten der Migration: Zahlen, Fakten, Lösungen

5 Kriminelle abwehren

Die Schweiz ist stolz auf ihre humanitäre Tradition. Die FDP wird diese immer verteidigen. Gerade deshalb ist es inakzeptabel, dass Kriminelle unter dem Deckmantel des Asylrechts unsere Hilfsbereitschaft missbrauchen. So etwa, wenn junge Männer in die Schweiz einreisen, die Asylunterkunft als Basis nutzen und von dort aus eigentliche Raubtouren unternehmen. Die meisten dieser Täter stammen aus den Maghreb-Staaten[7]. Laut Kriminalstatistik verursachen sie den Grossteil der Einbrüche[8] in der Schweiz; in einzelnen Kantonen gehen über 80 Prozent der Diebstähle auf ihr Konto. Teilweise agieren diese Täter äusserst brutal und schrecken bei Einbrüchen nicht mal vor Bedrohungen der Bewohnerinnen und Bewohner zurück. Zurück bleiben finanzielle Schäden, traumatisierte Opfer und ein Gefühl der Unsicherheit.

Um die Bevölkerung der Schweiz zu schützen, dürften solche Kriminelle gar nicht mehr ins reguläre Asylsystem gelangen. Die FDP fordert deshalb eine vorgelagerte Schnellprüfung. Migranten aus Ländern, von denen nicht einmal 5 von 100 Antragsteller Asyl erhalten, sollten den Asylbescheid in einem abgekürzten Verfahren erhalten und – so dieser tatsächlich negativ ausfällt – schnellstmöglich zurückgeschafft werden[9]. Dasselbe gilt für Asylbewerber im regulären System, die straffällig werden[10]. Bis zur Ausschaffung sollten diese in Administrativhaft[11] genommen werden. Wichtig sind in der Praxis bilaterale Rücknahmeabkommen[12, 13] und verbindliche Drittstaatenlösungen für heute nicht rückführbare Fälle[14]. Um Rückführungen zu ermöglichen, fordert die FDP, dass Staaten, die ihre Bürgerinnen und Bürger nicht zurücknehmen, auch keine finanzielle Unterstützung durch die Schweiz erhalten. Geprüft werden können weitere gezielte Sanktionen wie bspw. Einschränkungen bei der Visavergabe.

Um Kriminelle abzuwehren und einen Kollaps des Asylsystems zu verhindern, sind die Verträge von Schengen/Dublin von grösster Bedeutung. Dank dem Dublin-Vertrag kann die Schweiz deutlich mehr Menschen mit negativem Asylentscheid in den zuständigen Staat überstellen, als sie aus den Partnerstaaten übernehmen muss. Ohne Dublin-Vertrag könnten hunderttausende Abgewiesene aus ganz Europa hierzulande ein zweites Asylgesuch stellen.

6 Organisiertes Verbrechen bekämpfen

Glücklicherweise erlebt die hiesige Bevölkerung – noch – keine offen ausgetragenen Bandenkriege. Doch die organisierte Kriminalität hat sich in der Schweiz bereits eingenistet. Die Mafia nutzt das Baugewerbe, Restaurants, Reisebüros oder Barbershops, um Geld zu waschen. Laut dem Bundesamt für Polizei (fedpol) hat sich die Zahl der Verdachtsmeldungen an die Meldestelle für Geldwäscherei innerhalb von zwei Jahren verdoppelt.

Die Mafia ist nicht nur in Geschäften und auf Hinterhöfen aktiv. Ihre Machenschaften finden oft auch im digitalen Raum statt und werden über verschlüsselte Nachrichten koordiniert. Dabei hilft ihr ein falsch verstandener Schweizer Datenschutz. Die Privatsphäre ist ein hohes Gut, doch Datenschutz darf nicht zum Verbrecherschutz werden. So entschied jüngst das Zürcher Obergericht, dass Sicherheitsbehörden geknackte Nachrichten von Verbrechern nicht verwenden dürfen. Das Gericht untersagte die Verwendung der Daten des Messengers Sky ECC, der in ganz Europa von Verbrechern genutzt wurde. Dadurch konnte die Schweiz 3000 Verdächtige nicht verfolgen und bremste die grenzüberschreitende Fahndung aus. Wird die Schweiz durch solche Blockaden zur fahndungstechnischen Insel, so fällt es Kriminellen viel zu leicht, ihre Spuren zu verwischen. Deshalb muss schnell eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, damit die Sky-ECC-Daten verwendet werden können und die Sicherheitsbehörden griffige Instrumente im digitalen Raum erhalten.

Der digitale Raum wird nicht nur von der Mafia genutzt. Von einem Video in den sozialen Medien bis zum Griff zum Messer vergehen manchmal nur Tage. Die Radikalisierung junger Menschen stellt eine grosse Gefahr für die Schweiz dar[15]. Hier braucht es mehr Fachleute beim Nachrichtendienst des Bundes (NDB) sowie eine engere operative Verzahnung mit der Bundes- und den Kantonspolizeien[16]. Dem NDB und dem fedpol stehen heute zu starre Vorschriften im Weg, um eine zielgerichtete Überwachung durchzuführen. Nur mit zeitgemässen polizeilichen Mitteln können Anschläge und Attacken verhindert werden, bevor sie passieren – zum Schutz von uns allen[17].

Dramatisch für die Sicherheitsbehörden wäre, wenn die Verträge von Schengen/Dublin wegfallen würden. Sie bieten heute mit dem Schengen-Informationssystem (SIS) eine entscheidende Plattform, die die Grenzwacht, die Polizei und den Nachrichtendienst des Bundes mit kritischen Informationen versorgt. Rund 350 000-mal befragt die Schweiz heute das SIS – jeden Tag. Die Behörden finden darin unverzichtbare Warnungen zur grenzüberschreitenden Kriminalität, zu islamistischen Gefährdern und zum Schlepperwesen.

7 Gefängnisplätze zur Verfügung stellen

Die Gefängnisse in der Schweiz platzen aus allen Nähten. 2025 lag die Belegungsrate insgesamt bei 94,5 Prozent, manche Anstalten waren zu mehr als 100 Prozent belegt. Dieser Platzmangel hat abstruse Folgen. Vielerorts können sich verurteilte Täter weigern, eine Geldstrafe zu bezahlen. Zwar würde die Geldstrafe dann eigentlich in eine Haftstrafe umgewandelt. Doch weil die Gefängnisplätze fehlen, muss die Ersatzhaft gar nie angetreten werden und die Strafe verjährt. Ein Missstand, der jedem Gerechtigkeitsempfinden spottet.

Die Lösung liegt auf der Hand: In der Schweiz müssen immer genügend Gefängnisplätze zur Verfügung stehen, damit der Strafvollzug wieder funktioniert. In der Not können Container aufgestellt werden. Um rasch die notwendigen Kapazitäten zu schaffen, gehören die Belegungsvorschriften angepasst. Wenn die Linke den Bau neuer Gefängnisse blockiert, muss sie sich nicht darüber beschweren, dass es in den Zellen enger wird.

Obwohl nur spärlich verfügbar (siehe Punkt 4), legen Erhebungen zudem nahe, dass die Gefängnisplätze zum grössten Teil von ausländischen Straftätern belegt werden. Laut Schätzungen haben rund 70 Prozent der Insassen einen ausländischen Pass. Die FDP fordert den Bundesrat auf, Vorschläge zu erarbeiten, wie der Strafvollzug für kriminelle Staatsangehörige der problematischsten Länder (insbesondere Algerien, Marokko und Tunesien) in ihren Heimatländern vollzogen werden kann. Dass dies möglich ist, zeigt schon heute der Überstellungsvertrag zwischen der Schweiz und dem Kosovo. Kosovaren, die in der Schweiz verurteilt wurden, können unter gewissen Voraussetzungen gezwungen werden, ihre Freiheitsstrafe im Kosovo zu verbüssen.

[7] Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS); Jahresbericht 2024

[8] Polizeiliche Kriminalstatistik Kanton Bern 2024

[9] Mo. FDP-Liberale Fraktion 23.3533 Irreguläre Sekundärmigration stoppen und Ursachen bekämpfen

[10] Mo. Gössi 25.3292 Straffällige Personen aus dem Asyl- und Ausländerbereich möglichst rasch aus der Schweiz ausschaffen

[11] Po. Müller 23.3837 Wiederermöglichung der unbürokratischen Anordnung der Administrativhaft durch die Bundesasylzentren

[12] Mo. Müller 24.3373 Migrationsabkommen mit Marokko anstreben

[13] Mo. Müller 23.3032 Rückführungen nach Algerien. Forcierung der Zusammenarbeit im Bereich der Rückkehr dank der Anwendung von Artikel 25a des Schengener Kodex

[14] Mo. Gössi 23.4440 Rückführung von Eritreern, deren Asylantrag abgelehnt wurde. Abschluss eines Transitabkommens mit einem Drittstaat

[15] Lagebericht NDB «Sicherheit Schweiz 2024»

[16] Mo. de Quattro 24.3495 Schaffung einer auf die Terrorismusbekämpfung spezialisierten Strafverfolgungsbehörde des Bundes

[17] Mo. de Quattro 25.4559 Stopp dem Gewaltextremismus: Es braucht eine bessere nachrichtendienstliche Kontrolle von gewalttätigen und extremistischen Personen

8 Opfer schützen

Die heutigen Abläufe und Verfahren in Ermittlung und Strafverfolgung werden den Bedürfnissen der Opfer zu wenig gerecht – von der Anzeige bis zur Verurteilung. Opfer erleben Strafverfahren vielfach als belastend und wenig opfergerecht. Sie müssen immer noch damit rechnen, mit unangemessenen Fragen konfrontiert zu werden («Wie lange war der Rock, den Sie trugen?»). Wenn es im Verlauf des Verfahrens zu einer persönlichen Konfrontation zwischen dem Opfer und dem Täter kommt, muss das Opfer die traumatische Erfahrung ein zweites Mal durchleben. Ziel muss es sein, Befragungen professionell, respektvoll und rechtsstaatlich korrekt zu führen. Hinzu kommt, dass Strafverfahren oft lange dauern, wodurch das Risiko besteht, dass die Gewalt des Täters weiter eskaliert.

Diese Umstände schrecken viele Betroffene oftmals davor ab, eine Anzeige zu erstatten. Zusätzlich erschweren bürokratische Hürden, wie etwa für Laien kaum verständliche Formulare und Abläufe, den Zugang zur Justiz. Die FDP fordert deshalb eine Stärkung der Opferrechte. Besonders gefährdet sind Opfer von häuslicher Gewalt. Es ist inakzeptabel, dass sie gezwungen sind, ihre Wohnung zu verlassen, um sich und ihre Kinder in Sicherheit zu bringen. Dadurch werden sie gleich doppelt zu Opfern: Sie erleiden Gewalt und verlieren ihr Zuhause. Die FDP fordert, dass der Täter die gemeinsame Wohnung verlassen muss und sie nicht mehr betreten darf[18]. Um den Schutz der Opfer nach solchen Vorfällen oder bei Freilassung der Täter zu garantieren, fordern wir Freisinnigen die landesweite Einführung des dynamischen Electronic Monitoring (EM), wie es im Kanton Zürich bereits praktiziert wird. Es braucht aber nicht nur die Überwachung, sondern auch die unmittelbare Intervention. Die Polizei muss sofort eingreifen, wenn ein Täter den geschützten Bereich betritt, und das Opfer muss bei Annäherung des Täters alarmiert werden.

[18] Pa. Iv. de Quattro 21.410 Wer schlägt, geht!

Das fordert die FDP:

- Grundsätzlich keine bedingten Strafen bei Gewalt- und Sexualdelikten
- Genügend Personal, zweckmässige Ausrüstung und solide Ausbildung für Polizei und Staatsanwaltschaft
- Rasche Einführung einer interkantonalen Polizeidatenbank
- Verdoppelung der Dauer vorläufiger Festnahmen auf 48 Stunden
- Konsequente Repression bei harten Drogen wie Crack und Fentanyl
- Erhebung von Zahlen zur Überrepräsentation von Nationalitäten bei Kriminellen
- Sicherung des Fortbestands der Verträge von Schengen/Dublin
- Bilaterale Rückübernahmeabkommen mit den Maghreb-Staaten
- Genügend Gefängnisplätze dank angepassten Belegungsvorschriften
- Konsequente Wegweisung der Täter aus der gemeinsamen Wohnung bei häuslicher Gewalt
- Griffige Instrumente für die Verbrechensbekämpfung im digitalen Raum
- Landesweite Einführung des dynamischen Electronic Monitoring (EM)

«Die Schweiz war das Land, in dem man die Haustüre offenliess. Dieses Sicherheitsgefühl ist heute für grosse Teile der Bevölkerung zerbrochen. Bauen wir es wieder auf!»

Schaffen wir gemeinsam die Heiratsstrafe ab!

Die 7 wichtigsten Fragen und Antworten zur Individualbesteuerung

1. Welches sind die zwei Nachteile des heutigen Systems?

Unser derzeitiges Steuersystem hat zwei grosse Nachteile: die Heiratsstrafe und die Zweitverdienerstrafe.

Die **Heiratsstrafe** entsteht, weil die gemeinsame Besteuerung und die Steuerprogression zu einer teilweise höheren Steuerlast für Ehepaare führen als für Konkubinatspaare. Besonders betroffen sind dabei Paare mit einer ausgewogenen Aufgabenteilung und einem hohen Einkommen.

Die **Zweitverdienerstrafe** verhält sich ähnlich. Verheiratete Zweitverdienende zahlen aufgrund der gemeinsamen Besteuerung oft mehr Steuern als Unverheiratete. Je höher das Einkommen der hauptverdienenden Person ist, desto stärker wird das Einkommen der zweitverdienenden Person besteuert.

2. Wie wirkt sich die Rollenverteilung der Ehegatten auf das Steuersystem aus?

Mit der Einführung der Individualbesteuerung würden Einverdienerehepaare gegenüber Zweiverdienerehepaaren mit identischem Gesamteinkommen steuerlich benachteiligt werden.

Bereits 1984 hat das Bundesgericht festgehalten, dass das heutige Steuersystem sogar verfassungswidrig ist (BGE 110 Ia 7)!

Die Individualbesteuerung ist tendenziell verfassungskonform und 2026 zeitgemäss.

3. Soll die Ehe eine steuerlich privilegierte Institution werden?

Nein. Die Bevorzugung der Ehe wird damit begründet, dass die Ehegatten einander zu Unterhalt verpflichtet sind. Gleichzeitig bestehen aber auch ausserhalb der Ehe bei gemeinsamen Kindern oder nach einer Scheidung Unterhaltspflichten.

Im Falle des Splittings begünstigt das Modell nicht die Ehe als solche, sondern nur die traditionelle Einverdienerehe.

Ein zivilstandsabhängiges Steuersystem erscheint demnach nur schwer begründbar.

4. Schwächt die Individualbesteuerung die Institution Ehe?

Nein. Die Besteuerung würde zivilstandsunabhängig erfolgen, die Ehe würde weder privilegiert noch benachteiligt werden.

Zudem würde die Heiratsstrafe endlich abgeschafft werden. Die Individualbesteuerung stärkt also die Ehe als Institution und die damit verbundenen institutionellen Garantien wie beispielsweise der hälftige Vorsorgeausgleich.

Die Individualbesteuerung lässt die Institution Ehe unberührt.

5. Werden negative Erwerbsanreize wirklich beseitigt?

Ja. Der Bund rechnet mit zusätzlichen 10 000–47 000 Vollzeitstellen, während externe Studien teilweise von noch höheren Effekten ausgehen.

Allgemein gilt, dass ein Steuersystem, welches negative Erwerbsanreize setzt, dem Arbeitsmarkt massiv schadet und somit langfristig nicht zukunftsfähig ist.

Die Individualbesteuerung beseitigt negative Erwerbsanreize vollständig.

6. Wäre das Splitting denn nicht besser als die Individualbesteuerung?

Nein. Beim Splitting würden einfach Einverdienerehepaare bevorzugt werden und die Zweitverdienerstrafe bliebe bestehen. Das Splitting, welches auf kantonaler Ebene verbreitet ist, wurde zudem vom Bundesrat bereits 2024 klar abgelehnt (Stellungnahme vom 26. Juni 2024 zur Mitte-Initiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare»).

Das auf kantonaler Ebene verbreitete Splittingsystem ist also keine Lösung.

7. Ist die Individualbesteuerung tatsächlich ein Bürokratiemonster?

Initial gibt es einen Zusatzaufwand. Jedoch wird der Aufwand bei Wechselfällen (Heirat, Trennung, Scheidung, Tod, Wiederheirat) oder Haftungsfällen bei Zahlungsunfähigkeit eines Ehegatten entfallen. Dies daher, da beide Ehegatten neu individuell besteuert werden. Zudem kann der Automatisierungsgrad aufgrund breiterer Datenbasis erhöht werden, was den bürokratischen Aufwand langfristig verringert.

Die Individualbesteuerung führt auf lange Sicht trotz grösserem Initialaufwand zu Vereinfachungen.

Quelle: Prof. Dr. iur. Andrea Opel, Universität Luzern

Fanny Dietschi,
Redaktion «Schweizer Freisinn»

600 Millionen Franken weniger Steuern

Die Abschaffung der Heiratsstrafe wird endlich Steuergerechtigkeit schaffen

Am 8. März können wir endlich die ungerechte Heiratsstrafe abschaffen. Das ist für uns FDPlerinnen und FDPler eine einmalige Chance, denn die FDP setzt sich schon seit Jahren für die Individualbesteuerung ein.

Was mich besonders freut: Während der Staat den Leuten auf allen Ebenen immer mehr Mittel aus der Tasche zieht, geht es bei diesem Projekt endlich einmal in die andere Richtung. 600 Millionen Franken Steuergelder muss der Mittelstand weniger abliefern. Wann hat es das zuletzt gegeben? Es ist das Resultat eines sorgfältig austarierten Kompromisses, auf den sich das Parlament geeinigt hat – und wir stehen voll dahinter.

Die Reform eröffnet die Chance, auf kantonaler Ebene neue, bessere Lösungen zu diskutieren. Damit das Steuersystem endlich einfacher wird. Es handelt sich also nicht um eine abstrakte Umgestaltung, sondern um eine konkrete Erleichterung für die Menschen in unserem Land. Die FDP setzt sich seit Jahren für Vereinfachungen ein – und ebenso konsequent für die Individualbesteuerung.

Heiratsstrafe abschaffen

Heute zahlen viele verheiratete Paare mehr Steuern als unverheiratete Paare mit vergleichbarer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Der Hauptgrund: Bei Verheirateten werden die Einkommen zusammengerechnet. Damit rutscht das Zweiteinkommen in eine höhere Progression, die Heiratsstrafe schlägt zu. Das ist unfair und verletzt das Gebot der Steuergerechtigkeit. Das Bundesgericht hat bereits am 13. April 1984 festgehalten, dass der Steuergesetzgeber Ehepaare nicht stärker belasten darf, nur weil sie verheiratet sind.

Und genau dies korrigieren wir mit dem Bundesgesetz über die Individualbesteuerung. Künftig füllt jede Person ihre eigene Steuererklärung aus und bezahlt Steuern auf das eigene Einkommen und Vermögen – unabhängig vom Zivilstand. Der Effekt: Rund 50 % zahlen dann weniger Steuern, bei 36 % ändert sich nichts, und nur wenige werden leicht mehr belastet.

Steuerbehörden, macht eure Arbeit

Für die Steuerbehörden ist diese Umsetzung ohne Schwierigkeiten machbar. Das bestätigt etwa der Städteverband, der diese Anpassung befürwortet. Unverheiratete Paare, sogenannte Konkubinatspaare, werden schon heute so veranlagt; die Regeln sind erprobt und in allen Kantonen bekannt. Es gibt einen einmaligen Umstellungsaufwand, aber die zunehmende Digitalisierung und eine Übergangsfrist von sechs Jahren machen ihn überschaubar. Entscheidend ist nicht die Anzahl Dossiers, sondern deren Komplexität. Und genau diese Komplexität nimmt mit der Individualbesteuerung ab.

Denn das heutige System ist nicht nur ungerecht, sondern auch unpraktisch: Heirat (mehr als die Hälfte der Bevölkerung), Scheidung (40 % der Ehen), erneute Heirat oder Todesfall führen immer wieder zu Umstellungen. Bei der Individualbesteuerung fallen diese Brüche weg und die Besteuerung wird klarer. Darüber hinaus werden auch die Abzüge vereinfacht und transparenter.

Positive Wirkung auf den Schweizer Arbeitsmarkt

Die Individualbesteuerung hat eine positive Wirkung auf unseren Arbeitsmarkt. Jede zusätzlich geleistete Arbeitsstunde lohnt sich, weil das tiefere Zweiteinkommen – häufig jenes der Frau – nicht mehr durch die Steuerprogression «weggefressen» wird. Viele würden bei individueller Besteuerung ihre Arbeitspensen erhöhen. Eine vom Bundesrat in Auftrag gegebene Studie rechnet mit einem Beschäftigungseffekt von bis zu 44 000 Vollzeitstellen. Somit ist die Individualbesteuerung ein wirksames Mittel gegen den Fachkräftemangel, führt zu mehr Erwerbsarbeit, dämpft die Zuwanderung, stärkt damit die Altersvorsorge vieler Paare und reduziert die Altersarmut – gerade bei Frauen.

Darum sagen auch Sie am 8. März, am Internationalen Tag der Frau, aus Überzeugung Ja zur Einführung dieses Bundesgesetzes. Die nun vorliegende Vorlage des Bundesrats und des Parlaments behandelt Frauen und Männer gleich, schafft damit ENDLICH die Heiratsstrafe ab, führt zu mehr Steuergerechtigkeit und zu höherer Erwerbstätigkeit. Das Gesetz ist umsetzbar und vereinfacht unser Steuersystem massiv.

Christian Wasserfallen,
Nationalrat Kanton Bern

Pressekonferenz des überparteilichen Komitees «NEIN zur Klimafonds-Initiative» am 20. Januar 2026. Bild: Adrian Michel

Nein zur schädlichen Klimafonds-Initiative

Die fünf wichtigsten Argumente

Die Klimafonds-Initiative von SP und Grünen ist ein typischer Vorschlag linker Parteien. Die Lösung ist einfach: Geld. Oder besser: Sehr viel Geld soll es richten. Ein Plan, wofür es benötigt wird oder wer es bezahlen soll, fehlt.

NEIN zur finanziellen Belastung künftiger Generationen!

Die Initianten wollen mit der ganz grossen Kelle anrichten: Bis zu 10 Milliarden Franken sollen pro Jahr zusätzlich für das Klima ausgegeben werden. Bis zum Jahr 2050 summiert sich das auf die astronomische Zahl von 200 Milliarden Franken. Diese Mittel sind weder im Bundesbudget vorhanden noch durch Einnahmen gedeckt. Die Linken wollen auf Pump leben und die Rechnung den jungen Generationen zuschieben. Wer ständig von Nachhaltigkeit spricht, aber Schulden in dieser Höhe macht, handelt verantwortungslos. Das ist das exakte Gegenteil von generationengerechter Politik.

NEIN zu massiven Steuererhöhungen!

Wer glaubt, ein solcher Mega-Fonds liesse sich ohne Folgen für das eigene Portemonnaie finanzieren, irrt gewaltig. Um dieses Milliardenloch zu stopfen, wären massive Steuererhöhungen unumgänglich. Konkret müsste die Mehrwertsteuer um bis zu 2,5 Prozentpunkte angehoben werden. Zum Vergleich: Für die Finanzierung der 13. AHV-Rente werden lediglich 0,7 Prozentpunkte benötigt – also knapp ein Viertel dieser Belastung. Eine solche Erhöhung würde das tägliche Leben massiv verteuern: Vom Wocheneinkauf bis zum Coiffeurbesuch würde alles spürbar teurer werden. Besonders hart träfe dies den Mittelstand und Menschen mit geringen Einkommen. Die Initiative ist somit ein klassischer Schuss ins eigene Knie.

NEIN zur Finanzierung aller Schnapsideen!

Anders als bei den hohen Beträgen ist noch überhaupt nicht klar, wofür man die Mittel ausgeben will. Bestehende, funktionierende Subventionen und Förderprogramme werden schlicht ignoriert. Wissenschaftliche Belege für die Wirksamkeit der geplanten Massnahmen? Fehlanzeige. Anstatt auf bewährte Mechanismen zu setzen, soll der Staat eigenmächtig bestimmen, welche Branchen, Technologien und Lebensbereiche er fördert. Diese Machtkonzentration entmachtet den Markt und untergräbt die Eigenverantwortung der Bürger. Eine solche staatliche Lenkung führt zwangsläufig zu Ineffizienz, Bürokratie und krassen Fehlentscheidungen. Am Ende droht eine gigantische Verschwendung von Steuergeldern für visionäre, aber völlig praxisferne Schnapsideen.

NEIN zur grünen Planwirtschaft!

Echte ökologische Innovation entsteht durch Freiheit, Forschung und Unternehmertum – nicht durch ein Bürokratiemonster, das Milliarden nach dem Giesskannenprinzip verteilt. Die Initiative will die Schweizer Wirtschaft in ein enges Korsett staatlicher Vorgaben zwängen und einen Selbstbedienungsladen für ideologische Projekte schaffen. Doch ein staatlicher Planer kann Fortschritt nicht erzwingen. Das Ergebnis eines solchen «grünen Traums» ist eine ineffiziente Lenkung, die Innovationen eher behindert als fördert und die Schweiz international wettbewerbsunfähig macht.

NEIN zu einer «Klima ist wichtiger als alles andere»-Mentalität!

Der Klima-Schuldenfonds würde jährlich bis zu zehn Prozent des gesamten Bundesbudgets binden. Dieses Geld würde an allen Ecken und Enden fehlen: bei der Sicherheit (Armee und Polizei), der Gesundheit, der Bildung, dem Strassenbau, der Landwirtschaft und den Sozialausgaben. Eine einseitige Priorisierung zulasten aller anderen staatlichen Kernaufgaben ist brandgefährlich. Wir können es uns nicht leisten, das gesamte Staatsbudget einer einzigen ideologischen Agenda unterzuordnen und dabei die Grundversorgung und die Sicherheit unseres Landes zu gefährden.

Christian Steiner,
Fraktionssekretär

HÖHERE STEUERN. MEHR SCHULDEN.

Am 8. März

NEIN

ZUM ***KLIMA-SCHULDENFONDS***

klimafonds-nein.ch

«Schafft die Pensionierung ab!»

Interview mit Felix E. Müller

Herr Müller, arbeiten Sie im Rentenalter weiter?
Ja klar, wieso auch nicht? Ich habe mich nie als pensioniert verstanden. Es handelt sich dabei um einen Zustand, der einem von der Gesellschaft aufgezwungen wird.

Sie lehnen also das Pensionsetikett ab?
Mich stört, dass man mit diesem Etikett automatisch als nutzlos gilt, als jemand, der der Allgemeinheit nur noch Kosten verursacht, den Anschluss verpasst hat und die Umwelt belastet. Gestern noch vollwertige Arbeitskraft, ab dem Tag eins der Pensionierung ein Mensch, der eine Belastung für die Gesellschaft ist.

In Ihrem Buch «Schafft die Pensionierung ab» fordern Sie – wie es der Titel sagt – die Abschaffung der klassischen Pensionierung. Warum genau?
Das heutige Rentenmodell stammt aus dem 19. Jahrhundert und geht auf Bismarck zurück. Damals setzte der Rentenbezug die Nichttätigkeit voraus – eine Logik, die aus der schweren Fabrikarbeit jener Epoche entstand. Auch das fixe Rentenalter 65 ist ein Relikt aus einer fernen Epoche. Es stammt aus der Zeit des Ersten Weltkriegs. Bei der Einführung dieser Grenze lag die Lebenserwartung nur unwesentlich höher. Heute ist diese massiv gestiegen. Bald ist die Phase des beruflichen Nichtstuns die längste Lebensphase, länger als die Berufszeit. Unsinnig ist doch, dass das heutige System alles über einen Leisten schlägt. Warum muss eine müde Schuhverkäuferin zum gleichen Zeitpunkt aus dem Arbeitsprozess ausscheiden wie ein vitaler Mitarbeiter von Google?

Sie können nicht verstehen, warum sich so viele auf die Pensionierung freuen?
Ich kann das in bestimmten Fällen durchaus verstehen. Wer einen körperlich strengen Beruf hat, der freut sich vielfach auf die Pensionierung. Doch gemäss einer Umfrage möchte rund die Hälfte der Menschen nach 65 noch weiterarbeiten, kann es aber nicht. Man sollte das Rentensystem doch so konzipieren, dass die einen früher mit dem Arbeiten aufhören, die anderen länger arbeiten können. Doch heute ist das kaum möglich. Gesetze, Unternehmenspolitik und die Reglemente der Pensionskassen befördern alle mit 65 alternativlos in den sogenannten Ruhestand. Dieser massive Eingriff in das

Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen kann einen Liberalen doch nicht gleichgültig lassen!

Was bedeutet dies ökonomisch?
Die Schweiz entfernt ohne Not jährlich Zehntausende von gesunden, leistungsfähigen und leistungswilligen Menschen aus dem Arbeitsprozess. Gleichzeitig beklagt die Wirtschaft einen Fachkräftemangel. Doch sie unternimmt nichts, um die Leute länger im Arbeitsprozess zu behalten. Laut einer Studie von Swiss Life bemühen sich bloss 14 Prozent der Unternehmen aktiv darum. Das Problem des Fachkräftemangels wird offensichtlich durch die Personenfreizügigkeit gelöst, was zum starken Bevölkerungswachstum des Landes beiträgt.

Wie könnte denn ein Rentensystem aussehen, das besser zur heutigen Arbeitswelt passt?
Es sollte jedem Menschen freistehen, zwischen z.B. 60 und 75 das Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess selbst zu planen. Vermutlich braucht es eine Limite, von der an der Bezug einer Maximalrente möglich ist. Und wo harte körperliche Arbeit ein längeres Verbleiben im Arbeitsprozess faktisch unmöglich macht, müsste es Sonderregelungen und spezielle Kompensationen geben. Solche Modelle existieren in den nordischen Ländern teilweise.

Warum werden solche Modelle heute nicht längst umgesetzt?
Die Linke torpediert alle Reformvorhaben, die nach Leistungsabbau aussehen, also etwa eine generelle Erhöhung des Rentenalters. In bester Klassenkampf-Manier heisst es jeweils: Die Erschöpften müssen dann noch länger arbeiten! Deswegen braucht es Sonderlösungen für Wenigverdienende. Das Narrativ einer Rentenreform muss lauten: Niemandem wird etwas weggenommen, im Gegenteil, man erhält ein Geschenk, nämlich Wahlfreiheit.

Welche realistischen Schritte könnten denn eine grosse Wirkung entfalten?
Ein gesetzliches Verbot der Altersdiskriminierung am Arbeitsplatz. Niemand dürfte mehr sagen: Du musst gehen, weil du 65 bist. Ist man denn mit 65 über Nacht nicht mehr fähig, als Jurist, Bankangestellter, Bauführer oder Umweltberater zu arbeiten?

Denken Sie, es genügt, wenn die rechtlichen Hürden fallen – oder braucht es weitere Voraussetzungen, damit eine Erwerbstätigkeit über 65 tatsächlich selbstverständlich wird?
Es muss tatsächlich mehr getan werden. Der Gesetzgeber sollte die Voraussetzungen schaffen, um eine Beschäftigung über 65 hinaus finanziell und steuerlich attraktiver zu machen. Die Unternehmen schliesslich müssten etwas Phantasie entwickeln, wie sie die Arbeitsmodelle für ältere Arbeitnehmer flexibler ausgestalten könnten. Wenn ältere Menschen länger selbstbestimmt arbeiten können, profitiert der Einzelne wie die Gesellschaft.

Zum Buch

Felix E. Müller setzt sich in seinem Buch kritisch mit dem Thema der Zwangspensionierung im Alter von 65 Jahren auseinander. Dabei zeigt er unter anderem auf, wie eine moderne und freiheitliche Reform des heutigen Systems gelingen kann.

Was die FDP empfiehlt

Unsere Parolen für die nationalen Abstimmungen vom 8. März 2026

Abstimmung vom 8. März 2026

Individualbesteuerung

JA

*Bundesgesetz vom 20. Juni 2025 über die Individualbesteuerung (BBl 2025 2033).

Abstimmung vom 8. März 2026

SRG-Initiative

NEIN

*Volksinitiative "200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)" (BBl 2025 2887).

Abstimmung vom 8. März 2026

Klimafonds-Initiative

NEIN

*Volksinitiative "Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)" (BBl 2025 2888).

Abstimmung vom 8. März 2026

Bargeld-Initiative

NEIN

*Volksinitiative "Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen oder Banknoten (Bargeld ist Freiheit)".

Abstimmung vom 8. März 2026

Gegenentwurf zur Bargeld-Initiative

JA

*Direkter Gegenentwurf Bundesbeschluss über die schweizerische Währung und die Bargeldversorgung (BBl 2025 2885 2886).

Nein zur SVP-Chaos-Initiative!

Ein gefährliches Experiment auf Kosten von Wirtschaft und Sicherheit

Die SVP will einen 10-Millionen-Deckel für die Bevölkerung. Das ist gefährlich und führt zu Ungewissheit und Chaos.

Mit ihrer Chaos-Initiative (Nachhaltigkeits-Initiative) will die SVP den bewährten bilateralen Weg abbrechen. Gerade jetzt, wo Russland einen völkerrechtswidrigen Krieg führt und Trump den Welthandel sabotiert, sollen die etablierten Verträge der Schweiz aufgekündigt werden. Die Folge wäre ein unkontrollierbares Chaos. Entweder kämen mehr Migranten von ausserhalb der EU oder unsere Spitäler würden kollabieren, die Restaurants müssten schliessen und viele KMU könnten einpacken. So oder so würde die Schweiz zum Mekka für Asylmigration werden. Dies muss entschieden bekämpft werden.

Kontingente und Planwirtschaft führen ins Chaos

Die Chaos-Initiative schreibt eine starre, für alle Zeiten fixierte Bevölkerungsgrenze von zehn Millionen Menschen in die Verfassung. Künftig würde statt des freien Markts eine unschweizerische Planwirtschaft gelten. Nur wenn jemand stirbt oder das Land verlässt, dürfte ein anderer Mensch einwandern oder (bis 2050) geboren werden. Wie das in der Praxis funktionieren soll, darüber schweigen sich die Initianten aus. Vermutlich würde der Staat Kontingente verteilen. Nur: Wie genau?

Welche Branchen würden Kontingente erhalten und welche müssten auf neue Arbeitskräfte verzichten? Wer würde als Erstes den Laden dichtmachen? Die Bauern, das Gastgewerbe oder die Maschinenindustrie? Würde die Schweiz eher auf die Forscher an ihren Hochschulen oder auf die Lastwagenfahrer, die unsere Lebensmittel transportieren, verzichten? Wäre es besser, deutsche Chirurgen, die heute in Landspitälern operieren, oder Mitarbeiter von Reinigungsinstituten, die in urbanen Zentren Bürotoiletten putzen, abzuweisen? Niemand weiss es. Klar ist, dass es allen schadet und das Chaos riesengross wäre.

Die Schweiz wird zum Asylmekka für illegale Migranten und Schlepper

Wenn die Chaos-Initiative angenommen wird, produziert die SVP einen regelrechten Asylsupergau. Der Wortlaut der Initiative ist eindeutig: Die Schweiz muss die Schengen-Dublin-Verträge kündigen, da diese auf der Personenfreizügigkeit basieren. Die Schweiz wäre draussen. Die Folge? Zehntausende abgewiesene Asylbewerber aus ganz Europa könnten in der Schweiz ein zweites Asylgesuch stellen. Die Schweiz würde zum Mekka für Asylbewerber und skrupellose Schlepper werden. Unser Asylsystem würde zusammenbrechen. Denn nur dank dem Dublin-Vertrag kann die Schweiz deutlich mehr Menschen mit negativem Asylentscheid in den zuständigen Staat überstellen, als sie aus den Partnerstaaten übernehmen muss. Ohne den Dublin-Vertrag könnten hunderttausende Abgewiesene aus ganz Europa hierzulande ein zweites Asylgesuch stellen. Das Chaos wäre riesig – ein brutaler Schuss ins eigene Knie.

Die Polizei wird blind

Nicht nur die Linken schwächen heute unsere Polizei! Fällt die Personenfreizügigkeit mit der EU weg, verliert unsere Polizei den Zugang zum Schengen-Informationssystem (SIS). Ohne das Schengen-Informationssystem (SIS) verliert sie den Zugriff auf die wichtigste Datenbank zur Verbrechensbekämpfung. Das SIS liefert täglich Dutzende Warnmeldungen über Terroristen und andere Kriminelle. Ohne diese Datenbank wären unsere Polizistinnen und Polizisten blind. Banden, Einbrecher, die Mafia und andere Kriminelle könnten ungestört in die Schweiz einreisen. Aber auch Terroristen und Gefährder hätten ein leichtes Spiel. Hier spielt die SVP mit dem Feuer und gefährdet unsere Sicherheit.

Frei reisen wäre passé

Ein Ja zur Chaos-Initiative würde den kleinen Grenzverkehr beenden. Anstelle von Ausflügen in die Nachbarländer gäbe es wieder Schlagbäume an den Grenzen. Pendler und Ausflügler müssten sich auf lange Wartezeiten an den Zollstellen einstellen. Beim Fliegen könnten Schweizer Airlines ihre unbeschränkten Verkehrsrechte im EU-Luftraum verlieren. Die Folge wären weniger Direktverbindungen und deutlich höhere Ticketpreise aufgrund des geringeren Wettbewerbs. Insgesamt würde das Reisen in Europa komplizierter, da der gewohnte Komfort offener Grenzen wegfiele und die Schweiz gegenüber der EU rechtlich wie ein Drittstaat behandelt würde.

Gefährdet die AHV

Die Chaosinitiative ist in Wahrheit ein gefährliches Experiment auf dem Rücken unserer Sozialversicherungen. Wer die Bevölkerung künstlich deckelt, würgt den demografischen Motor der AHV ab. Unser Rentensystem ist zwingend auf eine dynamische Wirtschaft und junge Beitragszahler angewiesen. Da die einheimische Geburtenrate seit Jahrzehnten zu niedrig ist, sichert die gezielte Zuwanderung von Fachkräften die Finanzierung unserer Altersvorsorge. Eine starre Obergrenze würde das Verhältnis zwischen Einzahlern und Rentnern massiv verschlechtern und die AHV in den Ruin treiben. Wer «Ja» zu dieser Initiative sagt, nimmt Rentenkürzungen oder massive Lohnabzüge bewusst in Kauf.

Anlässlich der Delegiertenversammlung vom 31. Dezember 2026 in Genf fassten die Delegierten deutlich die NEIN-Parole zur Initiative der SVP. Weitere Informationen zur Gegenkampagne des überparteilichen Komitees finden Sie unter www.nein-chaos.ch.

Christian Steiner,
Fraktionssekretär

Fotos: André Springer

Impressionen von der Delegiertenversamml

31. Januar 2026 in Genf

Unser Co-Präsidium Susanne Vincenz-Stauffacher und Benjamin Mühlemann bereiten sich auf die Delegiertenversammlung vor.

Bundesrat Ignazio Cassis wandte sich in einer spannenden Rede an die Delegierten.

Co-Parteipräsidentin Susanne Vincenz-Stauffacher.

Die Delegierten unterschreiben die Resolution zum Entlastungspaket 2027. Wir fordern: der Staat muss endlich Prioritäten setzen.

Lebhafte Diskussionen im Rahmen der Parolenfassung zur SRG-Initiative.

Resolution der FDP zum Entlastungspaket 2027

Einstimmig verabschiedet an der Delegiertenversammlung vom 31. Januar 2026 in Genf.

Liebe Ständerätinnen und Ständeräte, liebe Nationalrätinnen und Nationalräte

Nach jahrzehntelanger Ruhe sieht sich die Schweiz heute wieder von Feinden bedroht. Über München fliegen unbekannte Drohnen, in Polen werden Gleise gesprengt. Wladimir Putin droht, seinen Krieg in weitere europäische Länder zu tragen. **Jede und jeder weiss es: Die Schweiz muss mehr in ihre Sicherheit investieren – das wird viele Milliarden Franken kosten.**

Bei der Finanzierung dieser Milliarden scheiden sich die Geister. Reflexartig rufen viele Politikerinnen und Politiker nach neuen Steuern. **Zahlen sollen also die Bürgerinnen und Bürger.** Dabei hätte der Staat genug Geld – er müsste nur die richtigen Prioritäten setzen. In der nächsten Session werden Sie erneut über das «Entlastungspaket 27» beraten. Dieses visionäre Projekt von Bundesrätin Karin Keller-Sutter würde den Bund um jährlich zwei bis drei Milliarden Franken entlasten – finanzielle Mittel, wie wir sie für die Nachrüstung der Armee dringend brauchen würden.

Leider musste das Paket schon in der bisherigen parlamentarischen Arbeit zünftig Federn lassen. Hier wurde eine Bundesausgabe geschützt, dort eine Subvention verteidigt. **Bereits ist das Entlastungspaket um mehr als einen Drittel geschrumpft.**

Wir, die Unterzeichnenden dieses Briefs, **protestieren gegen diese Sparverweigerung.**

1. Wir sind überzeugt, dass die Schweiz dringend **in ihre Sicherheit** investieren und ihre Verteidigungsfähigkeit wiedererlangen muss.
2. Wir fordern Sie auf, neue Steuern abzulehnen und den **Spardruck hochzuhalten.** Im Entlastungspaket 27 und mit einem zweiten Entlastungspaket. Darin muss auch der grösste Kostenblock überprüft werden: **die rasant steigenden Sozialausgaben.**
3. Wir verlangen als ersten Schritt, dass der **AHV-Bundesanteil** nicht stärker wachsen darf als die Teuerung.
4. Wir erwarten, dass Sie – die Politikerinnen und Politiker aller Parteien – sich aus dem Griff **der Verbände** lösen, denen Sie verbunden sind, und an die Gesamtinteressen Ihrer Wählerinnen und Wähler denken.
5. Wir fordern einen **Personalstopp beim Bund,** analog zur Verwaltungsbremse-Initiative der Jungfreisinnigen.

Drei friedliche Jahrzehnte lang haben Sie (oder viele von Ihnen) in Sonntagsreden verlangt, dass unser Staat **handlungsfähig bleiben muss,** um auf Krisen reagieren zu können.

Nun, 2026, gilt es ernst. Jede Politikerin, jeder Politiker steht heute vor einer unangenehmen Wahl: **Entweder er schützt Partikularinteressen. Oder er schützt die Schweiz.**

Welche Wahl treffen Sie? Wir zählen auf Sie.

Herzlich
Die Delegierten der FDP.Die Liberalen Schweiz

Hallo Generalsekretariat!

«Was passiert im Generalsekretariat?» – «Bis vor kurzem wusste ich gar nicht, dass die FDP ein Generalsekretariat dieser Grösse hat.» – «Ich kann mir gar nicht vorstellen, welche Aufgaben im Generalsekretariat anfallen.» Kommentare wie diese, die wir bei unseren Besuchen der kantonalen Geschäftsstellen hören, zeigen, dass es an der Zeit ist, einen kurzen Überblick zu geben. Unser Generalsekretariat funktioniert wie eine Einheit aus einzelnen Teilen: Es ist flexibel, nach allen Seiten biegbar und doch zusammengehörig.

Bild: Abbildung GS, Januar 2026

Der Generalsekretär ist im Zentrum die Drehscheibe und der Stossdämpfer, damit wir nicht im Hamsterrad enden.

In der Kommunikation entsteht der nationale «Freisinn», die zahlreichen Medienmitteilungen, Social Media Posts und Petitionen. Das Kampagnenteam kämpft gegen linke Verhinderer, rechte Abschotter und für liberale Lösungen. Zudem arbeitet es mit den Mitarbeitern der Dienstleistungen für die Kantone zusammen, in denen auch die IT-Anliegen und digitalen Projekte angesiedelt sind, um den Wahlkampf 2027 vorzubereiten.

Die motivierten Kolleginnen des Backoffice machen Events wie eine nationale Delegiertenversammlung oder einen Fraktionsausflug erst möglich. Mit ihrer wertvollen Arbeit bilden sie das Rückgrat der Partei und sind für jegliche Art von Rechnungsstellung verantwortlich.

Die wissenschaftlichen Mitarbeiter unterstützen die Fraktionsmitglieder des National- und des Ständerats bei der Kommissions- und Parlamentsarbeit. Sie verfassen Vernehmlassungsantworten und arbeiten intensiv an Positionspapieren mit.

Diese Vielfalt ist einzigartig und macht den Reiz der Tätigkeiten und der Arbeit aus. Dafür sind unterschiedliche Fähigkeiten gefragt. Daher gibt es eine gesunde Altersdurchmischung, wie die Spanne von 25 bis 51 Jahren zeigt.

Unsere Arbeit für die Partei wird durch Spendengelder finanziert. Diese stammen von Privatpersonen und Firmen, die sich immer wieder aufs Neue für die liberale Politik engagieren. Aufgrund unserer Fraktionsgrösse erhalten wir als Partei zusätzlich einen Bundes-Zustupf.

Seit dem 1. Januar arbeiten zwei neue Mitarbeiter für die FDP. Hier stellen sich beide kurz vor:

Vincent Müller, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Fraktionsteam

Mein Name ist Vincent Müller, ich bin 25 Jahre alt und der neue wissenschaftliche Mitarbeiter im Generalsekretariat. Ich kümmere mich um die sicherheitspolitischen Kommissionen sowie um die Kommissionen für Verkehr und Fernmeldewesen und die damit verbundenen Geschäfte.

Nach einem Bachelorstudium der internationalen Beziehungen, einem Master in Europastudien sowie einem Hochschulpraktikum beim Seco im Bereich der Exportkontrolle von Kriegsmaterial freue ich mich darauf, an diesen für die Zukunft unseres Landes wichtigen Themen mitzuarbeiten. Meine Neugier und mein Interesse an vielfältigen politischen Fragestellungen machen diese Position für mich zu einer besonders spannenden beruflichen Chance.

Ich bin in Lausanne geboren und habe in Genf studiert. Die Arbeit in Bern eröffnet einem «echten» Romand wie mir die Chance, sich der Deutschschweiz zu öffnen und mit dem FDP-Generalsekretariat zusammenzuarbeiten. Das freut mich sehr.

Jetzt spenden
Wir bedanken uns ganz herzlich für Ihre Unterstützung

Adrian Rosser, Verantwortlicher deutschschweizer Kantone, Team Dienstleistungen Kantone

Ich bin Adrian Rosser, 38 Jahre alt, verheiratet und Vater eines vierjährigen Sohnes. Zweisprachig im waadtländischen Vully aufgewachsen, spreche ich Bärndeutsch und Französisch. Beruflich habe ich Mediamatik bei der Swisscom gelernt und in der Online-Marketing-Kommunikation gearbeitet, unter anderem bei Swisscom, Murten Tourismus, Creabeton Matériaux und nellen.IT.

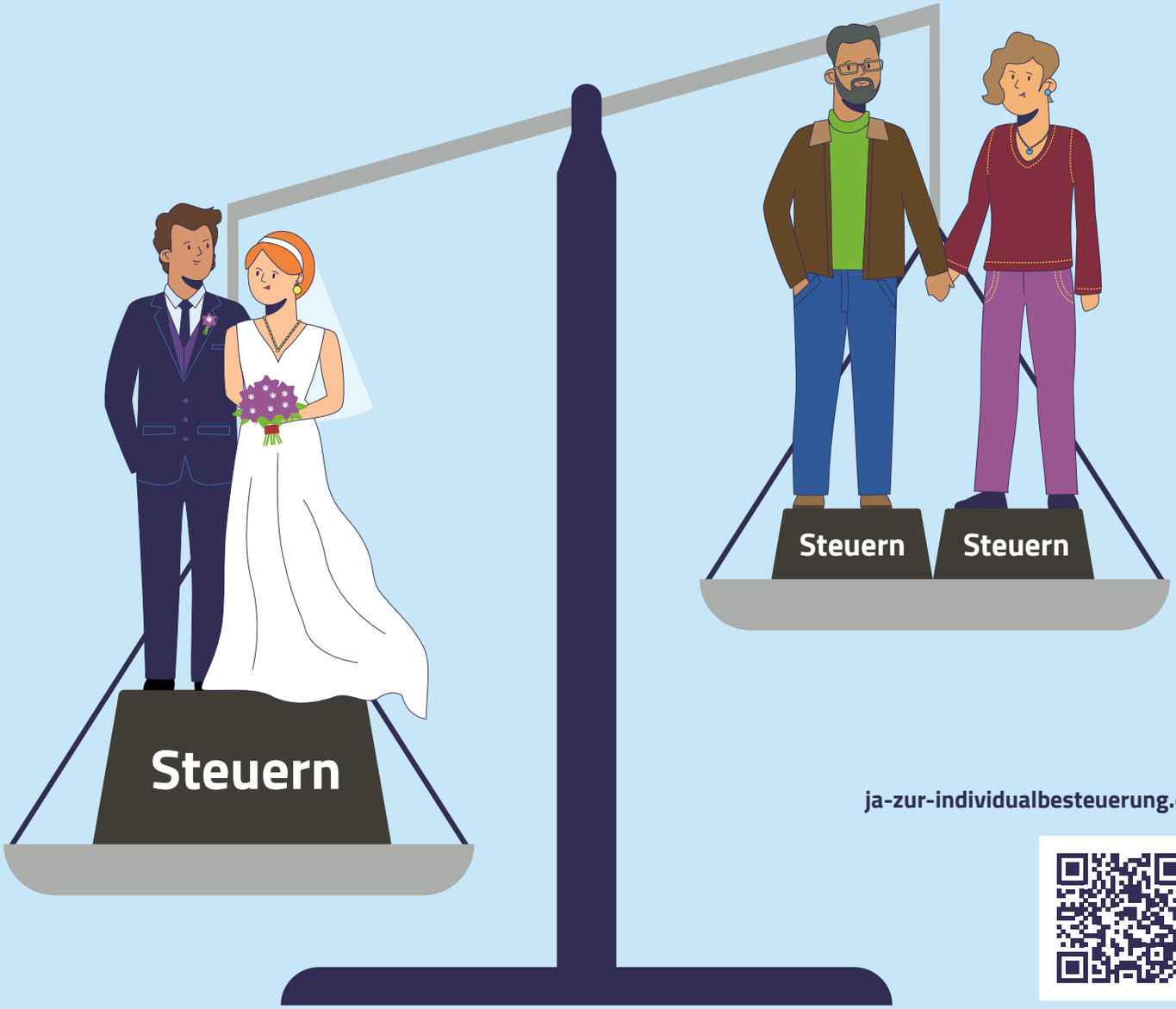
Ich engagiere mich für die Berufsbildung als Präsident der Lehraufsichtskommission Mediamatik und als Chefexperte des Kantons Freiburg sowie als Prüfungsexperte in mehreren Kantonen. Geschäftlich reise ich mit dem öV, privat unternehme ich im Sommer Ausflüge mit meinem Opel Manta B und bin seit über zehn Jahren Vorstandsmitglied des OPEL Clubs Bern.

Seit 2021 bin ich Mitglied der FDP Vully-VD. Per 1. Januar habe ich bei FDP.Die Liberalen Schweiz die Verantwortung für die Deutschschweiz übernommen und bin als Produktmanager für das CRM Tocco tätig. In dieser Funktion trage ich dazu bei, dass die Deutschschweizer Kantone für die Wahlen 2027 bestmöglich aufgestellt sind.

Kathrin Puhan,
Büroleitung

FDP
Die Liberalen

Heiratsstrafe abschaffen



ja-zur-individualbesteuerung.ch

JA zur Individualbesteuerung

8. März 2026